

**SPEZIALREDEN (schriftlich)**

**GR<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Kopera, MBA, Med (ÖVP)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder,  
liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Kolleginnen und Kollegen des Hauses  
Graz, werte Grazerinnen und Grazer!

Für gewöhnlich beleuchtet eine Budget-Rede die Aspekte und Auswirkungen des zu beschließenden Haushaltsplanes für das kommende Jahr. In diesen sehr speziellen Zeiten möchte ich den Blick aber weniger auf blanke Zahlen lenken, sondern vielmehr darauf, was unser Budget leisten kann und muss, damit wir die künftigen Aufgaben erfolgreich bewältigen können. In den folgenden Minuten möchte ich Ihnen daher aus meiner Sicht als Gesundheitsexpertin ein paar Gedanken zur besonderen Situation unserer Gesellschaft erörtern, mit dem realistischen Ziel, durch einfache Maßnahmen das Leben in unserem Graz noch lebenswerter und damit auch gesünder zu machen. Unser Budget liefert dafür die geeigneten Rahmenbedingungen!

Das 2019 neu aufgetretene Coronavirus – eine besonders heimtückische Mutation – verursacht grippe-ähnliche Krankheitserscheinungen und Atemwegserkrankungen die besonders bei alten und immungeschwächten Personen fatale Folgen haben können. Die Durchseuchung ist nach wie vor gering, aber irgendwann wird sie so hoch sein wie die bei Herpesviren und auch durch eine Impfung wird der Schrecken verblasen, den diese Erkrankung verbreitet. Bevor es aber eine Impfung gibt müssen wir mit einfacheren Maßnahmen zur Prävention der Infektion agieren. So ist seit März 2020 das Tragen von Mund-Nasen-Schutz zur Pflicht geworden. Wir akzeptieren das, auch wenn manches

Lächeln nun verborgen bleibt und Mimik nur mehr im Bereich der Augen-/Stirn-Partie erkennbar ist. Händedesinfektion und Abstand-Halten sind alltäglich geworden. Wir schütteln uns nicht mehr die Hände zur Begrüßung, wir umarmen uns nicht einmal zum Ausdruck des Mitgefühls bei Trauerfeierlichkeiten. Es hat – gezwungenermaßen – ein Kulturwandel stattgefunden. Und das in unglaublich kurzer Zeit. Aber CoViD19 hat

sich nicht nur auf Kultur und auf die Gesundheit vieler, sondern vor allem auf das Gesundheitsbewusstsein aller ausgewirkt.

Fast niemand mehr findet den Mund-Nasen-Schutz und häufiges Händewaschen unsinnig, denn damit kann man nachgewiesenermaßen 70% der banalen Erkrankungen verhindern, denn sie werden durch das Sich-selbst-ins-Gesicht-Greifen und Tröpfcheninfektion über Aerosole übertragen. Durch diese Schutzmaßnahmen ergänzt durch Schutzimpfungen können diese Krankheiten weitestgehend verhindert bzw. eingedämmt werden.

Deshalb ist es wirklich sehr schade, dass der Gesundheitsreferent der Stadtregierung, Stadtrat Mag. Robert Krotzer, mit seinem Ressort trotz mehrmaliger Aufforderungen nicht die Gunst der Stunde genützt hat, auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention vermehrt aktiv zu werden, der Bevölkerung Informationen über den Sinn von Impfprogrammen anzubieten, einen Impfplan zu erstellen und möglichst chaotische Situationen wie die um die Grippeimpfung Anfang Oktober durch gewissenhafte Planung zu verhindern. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitsamt möchte ich jedoch an dieser Stelle herzlich danken, denn sie leisten in diesen schwierigen Monaten Außergewöhnliches!

Sind wir in der Vergangenheit liederlich mit ihr umgegangen, so hat jetzt Gesundheit plötzlich wieder Wert, den Wert der ihr zusteht. Deshalb sollten wir seitens der Politik bedacht darauf sein, Gesundheit auch zu propagieren, Vorsorgeprogramme zu entwickeln und idealerweise Gesundheitserziehung als Unterrichtsfach in die Bildung einbringen. Derartige Ausbildungsprogramme für PädagogInnen gibt es an der MedUniGraz bereits, sie müssten nur gut angenommen werden – hier bedarf es verstärkter Anstrengungen. Denn es liegt auf der Hand, dass das Wissen um eine gesunde Lebensführung von

Kindesebenen an zu weniger Übergewicht und Folgen von Bewegungsmangel führt und die daraus resultierenden sog. Zivilisationskrankheiten wie Fettleibigkeit, Diabetes mellitus, Herzerkrankungen sowie nachfolgende Fehlfunktionen aller Körperorgane wesentlich reduziert werden könnten. Dies natürlich mit positiven Auswirkungen auf das Gesundheitssystem und die Volkswirtschaft. Was es in Krisenzeiten braucht, ist

eine konkrete Strategie. Was für den finanziellen Bereich eminent wichtig ist, ist für den Gesundheitsbereich geradezu essenziell! Die Stadt Graz leistet auf diesem Sektor Enormes – von den städtischen Betreuungseinrichtungen, den Geriatrischen Gesundheitszentren, über die Leistungen und Angebote des Gesundheitsamtes bis hin zum Schutz der städtischen Arbeitnehmer in systemrelevanten Jobs.

„Mens sana in corpore sano“, wenn der Körper gesund ist, ist auch der Geist gesünder, wenn ich fit bin, fühle ich mich wohl, bin leistungsfähig und fröhlich, nicht depressiv, träge und unbelastbar. Der menschliche Körper ist dafür gebaut, als Jäger und Sammler weite Strecken zu gehen. Legte der Urzeitmensch täglich etwa 10 km zurück, so sollten es heutzutage, um den Körper fit zu halten, zumindest 10.000 Schritte sein, das sind etwa fünf bis sieben Kilometer.

Hier sollte sich jede/r von uns selbst die Frage stellen, was trage ich dazu bei, um meiner Vorbildrolle als StadtpolitikerIn gerecht zu werden, das vorzuleben, was wir der Bevölkerung als gesund und richtig vorgeben? Sich vernünftig zu verhalten, heißt, sich nicht auf die Couch zurückzuziehen und durch Kanäle zu zappen, sondern wie man früher gesagt hätte, den inneren Schweinehund zu überwinden, damit er uns nicht beißt. Auf einen Nenner gebracht, sollten wir alle Gehen und Radfahren als Fortbewegungsmittel und fleischarme Ernährung favorisieren, heimische Produkte kaufen und nicht exotisches Industrieobst aus aller Herren Länder herankarren, wenn das Apfelfeld Steiermark gleichsam vor der Haustür liegt.

War die Urzeit-Kost gezwungenermaßen kohlehydratarm, dann war das gut für den Körper, viel besser als Zucker, Weißbrot, Süßgetränke und Co.

Wir müssen in der gleichen Qualität und Vehemenz wie die Schutzmaßnahmen zu CoViD19 kommunizieren, dass es in der Eigenverantwortlichkeit der Menschen liegt, ihre eigene Gesundheit als besonderen Wert zu achten und dementsprechend zu pflegen.

Jedes Kind sollte wissen, was vernünftige Lebensführung ausmacht!

Der Lockdown im Frühjahr 2020 hat uns in die Gärten gebracht, viele haben Gemüse angebaut, Rasen gemäht, Sträucher geschnitten und Bewegung im Freien gemacht, manche um ein Vielfaches mehr als davor. Die Pandemie könnte bewirken, dass wir

langsam aber sicher ein geändertes Bewusstsein für uns selbst und unsere direkte Umgebung entwickeln. Sie weckt, wenn wir nur ein wenig nachhelfen, das Bewusstsein für Gesundheit und Sport – und damit ist nicht Spitzensport gemeint, sondern regelmäßige Bewegung. Wir haben in kurzer Zeit, in nur 6 Monaten, ausgetretene Pfade in Bezug auf unser Verhalten verlassen und sehen, dass die empfohlenen Schutzmaßnahmen greifen. Und das hat im Sommer großartig funktioniert, denn wer hätte sich gedacht, dass der überwiegende Teil der Gesellschaft davon überzeugt werden kann, auf sich selbst zu schauen und sich bewusst durch einfache Maßnahmen vor Infektionskrankheiten zu schützen. Jetzt machen wir als Stadt Graz einen zusätzlichen Schritt zu Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung: Wir haben vor, im Jahr 2021 unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern verständlich zu machen, wie sie sich selbst vor Zivilisationskrankheiten schützen können, nämlich durch Gesundheitskompetenz. Deshalb haben wir das Jahr 2021 als „Jahr der Bewegung“, als Sportjahr ausgerufen, dies unter dem Motto „Let’s go Graz“! Ich selbst habe in Kooperation der MedUniGraz mit dem Institut für Sportwissenschaften der KFU ein Projekt mit dem Titel „public moving“ dafür eingereicht, um auf unkomplizierte Weise die Bevölkerung regelmäßig zur gemeinsamen Bewegung mit Musik im Stadtpark zu anzuleiten. Mit diesem und vielen anderen Programmpunkten, auch den weitgehend auf 2021 verschobenen Angeboten des Kulturjahrs, wollen wir die Grazerinnen und Grazer dazu animieren mitzumachen, um sich körperlich und auch geistig wohlfühlen. Denn nur eine gesunde Gesellschaft ist eine die Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur wertig weiterentwickeln kann.

An dieser Stelle nochmals Dank an unseren Finanzstadtrat Dr. Riegler und sein Team sowie an Finanzdirektor Kamper und Herrn Kicker, welche die akribische Detailarbeit erledigt haben, damit die notwendigen Mittel bereitgestellt werden konnten – für ein gesundes Graz!

Mens sana in corpore sano – Let’s go Graz!

**GR<sup>in</sup> Heinrichs (KPÖ)**

In diesen bemerkenswerten Zeiten ist nach Meinung der KPÖ, nach unserer festen Überzeugung, ein besonderer Fokus auf jene Menschen zu legen, die durch Verletzlichkeit bzw. Krankheit und deren Folgen besonders betroffen und getroffen sind.

Diesen geschwächten Menschen fühlen wir uns vor allem verpflichtet, ihnen gelten unsere politischen Überlegungen in der Hauptsache.

Seit langen Jahren nehme ich – auch unter dem Eindruck von Slogans wie „Alles und zu jeder Zeit“ oder gar „Geiz ist geil“ – die Zeit, in der wir leben, als überhitzte Zeit war.

Man lebt(e) in der Vorstellung – es wird schon in dem Takt weitergehen.

Und plötzlich ist es da: Ein ganz besonderes Handicap in der Form einer Mikrobe. Das Virus SARS-CoV -2 zeigt wie ein Scheinwerfer auf das große wirtschaftlich-gesellschaftliche Ungleichgewicht. Auch hierzulande!

Sehr rasch hat sich ein Druck aufgebaut, ein Druck, der natürlich noch immer nicht alle im gleichen Maß erkennen lässt, worum es geht: Nämlich um nichts Geringeres als um die Gesundheit, das Wichtigste in unser aller Leben.

Die finanziell schlechter Gestellten, die kaum oder gar nicht abgesichert sind, sie erfahren nun, wie rasch es von allen Seiten eng wird, und dass jeder notwendige Schritt eine merkliche Verteuerung lebenswichtiger Belange bedeuten kann.

Das Leben verteuert sich z.B. dann, wenn die bitter nötige Psychotherapie auf Kasse – obwohl aus zahlreichen Richtungen eingefordert – noch immer nicht allen Betroffenen angeboten wird. Wenn also Menschen in ihren Nöten selbst in die Tasche greifen müssen, in Taschen, die keine Reserven haben. Prioritäten richtig setzen!

Wie es um die Gewichtung finanzieller Prioritäten bestellt ist, das konnte man erkennen, als publik wurde, dass per gesetzlicher Grundlage über einen Fonds – als „Prikraf“ (Privatkrankenanstaltenfonds) bekannt – 45 Privatkliniken subventioniert werden und dass dieser Fonds noch vor dem Sommer um 15 Mill. Euro aufgestockt wurde. Seit 2019 haben die Sozialversicherungsträger 145 Mill. Euro in den „Prikraf“ eingezahlt. Die Gelder stammen aus den Pflichtbeiträgen gesetzlicher

Krankenversicherungen (aus Mitteln von ÖGK, BVAEB und SVS). Diese Finanzspritzen sind auch laut ÖGK-Obmann-Stellvertreter Andreas Huss ein grober Kunstfehler! Das Geld Versicherter darf nicht in gewinnorientierten Privatkliniken landen. Oder - warum soll jemand ein Privatspital finanzieren, wenn er sich dieses selber nicht leisten kann? Nach wie vor stellt sich die Frage, was die diesbezüglichen Untersuchungen zum ehemals türkis-blauen Freundschafts-Deal zutage bringen werden. Seit Jahren fehlen diese Summen, wenn es um die Finanzierung der Psychotherapie auf Kasse geht. 150.000 betroffene PatientInnen in Österreich müssen ihre notwendigen Psychotherapien selbst bezahlen! Zwar wurden seitens der ÖGK zuletzt zusätzliche 20.000 Kontingentstellen versprochen. Aber warum sollen 130.000 Menschen ihre Therapie weiterhin selber bezahlen, wenn gleichzeitig wie selbstverständlich Privatkliniken aus Steuergeldern mitfinanziert werden? Soviel zur Gewichtung. Was nicht in Frage steht: Corona-bedingt sind jedenfalls die psychischen Erkrankungen im Ansteigen begriffen. Das Beispiel „Prikräf“ zeigt, dass es bei der Gesundheitspolitik nicht eine Frage der finanziellen Ressourcen ist, sondern eine Frage der Gewichtung derselben. Daher müssen schleunigst allen kranken Menschen die nötigen Therapien und Behandlungen auf Kasse zur Verfügung gestellt werden! Für die Aufstockung der Psychotherapien muss darüber hinaus gelten: Realisierung sofort und nicht erst mit 1. 2021!

Initiativen für eine bessere Versorgung und Therapie

In den letzten Jahren hat die KPÖ mehrere Initiativen für eine bessere Versorgung und Therapie Erkrankter eingebracht, wie z.B.:

- Gleichbehandlung aller HerzinfarktpatientInnen
- Diabetikerpauschale durch das Sozialamt
- mehr Hebammen auf Kasse für Graz
- Diabetes-Nanny für chron. kranke Kinder
- Schaffung von Kassenverträgen zur Behandlung im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Psychotherapie auf Kasse

- Anhebung des Pflegeschlüssels bei den GGZ als weiterer Anreiz für fehlende Pflegekräfte

Wenn es um die Verbesserung der Gesundheit, um Erholung und um Prävention geht, müssen aber auch zahlreiche andere Aspekte berücksichtigt werden, so unter anderem die soziale Situation der Bevölkerung und Umweltaspekte. So tragen unsere Forderungen nach einer Mindestsicherung bei AMS-Sperre, nach Pfand für Plastik und Batterien und Akkus, nach Luftgütemessung und nach Maßnahmen zur Lärmbekämpfung wie auch Initiativen rund um das große Thema Wohnen diesem Umstand Rechnung. Unsere Initiativen haben sich sowohl an die Stadt selber, aber auch als Petitionen an Land und Bund gerichtet. Gerade dort, wo es darum geht, dass die Stadt es selbst in der Hand hätte, zur Verbesserung der Allgemeinsituation beizutragen, etwa bei der Anhebung des Pflegeschlüssels bei den GGZ, ist es nicht nachvollziehbar, dass nicht alle Grazer Gemeinderatsfraktionen an einem Strang ziehen.

Ausgebrannte MitarbeiterInnen können wir uns nicht leisten!

Es geht darum, dass Geld dort ausgegeben werden muss, wo es im Interesse der Bevölkerung erforderlich ist und keinesfalls eingespart werden darf, denn wenn am falschen Platz gespart wird, dann entstehen in der Folge Kosten, die wir uns als Gesamt-Gesellschaft nicht leisten können.

Bei allen Kalkulationen, den oft kurzfristigen Budgetsanierungen, sollte immer auch mitausgerechnet sein, was uns falsche Entscheidungen in dieser Hinsicht letztlich kosten!

Laut Kurier, 21.10.2020 rechnet uns erstmals das Wifo im Wirtschaftsteil vor:

„Psychisch und physisch stark belastende Arbeitsbedingungen verursachen Krankheiten, die kosten. Unfälle, Erkrankungen und Todesfälle verursachen Kosten bei Betroffenen, der Wirtschaft, dem Gesundheitssystem. 1800 Menschen sterben jährlich an arbeitsbedingtem Krebs. – Krank durch Arbeit kostet Milliarden!“

Was für die Gesamtbevölkerung gilt, gilt natürlich auch für das Gesundheitspersonal:

Ausgebrannte Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegebereich können wir uns nicht leisten.

Wenn es in einer Stellungnahme bezüglich einer Personalausstattungsverordnung idgF. für die Steiermark heißt:

„Der Personalschlüssel kann im Einzelfall bis zu 10 % unterschritten werden. Eine solche Unterschreitung ist an maximal 30 Tagen innerhalb eines Kalenderjahres zulässig, wenn die Pflegequalität darunter nicht beeinträchtigt wird (Anm.: Was aber in der Praxis rückwirkend ganz einfach nicht feststellbar ist!)“,

dann geht das gar nicht! Das ist neben vielen anderen Faktoren jedenfalls keinesfalls ein Anreiz, in den vielschichtigen Pflegeberuf zu gehen. Krisenfestigkeit alleine ist kein Anreiz, das haben wir alle schon erkannt.

Bereits im Dezember 2019 (Kleine Zeitung) - damals war von Corona noch keine Rede - hat uns die gewerkschaftliche Vertretung vorgerechnet, dass „hochgerechnet rund 300 Leute in den KAGes-Spitälern fehlen“. Die Barmherzigen Brüder in Graz haben 180 Pappkameraden aufgestellt.

Auch die KAGes hat auf Anstrengungen gegen Personalnot verwiesen:

„Die KAGes hat nach dem Hilfeschrei der Spitalsmitarbeiter ihre Sicht der Dinge dargelegt und den Angestellten teils Recht gegeben: Es habe in den letzten Jahren mehrere Einflussfaktoren gegeben, die unbestritten auch von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mehr abverlangt haben.“

Es gilt, aus der aktuellen Situation Lehren zu ziehen.

Laut Medizingeschichte gibt es Epidemien und Pandemien nicht erst seit 2020 (man muss nicht gar so verwundert sein). Daher sind jegliches Zusperrern von Krankenhäusern, von Abteilungen, die Ideen, Einrichtungen schließen zu wollen und Einsparungen im Gesundheitsbereich vorzunehmen, abzulehnen. In Zeiten hochgradiger Spezialisierung können Spezialisten und Spezialistinnen nicht auf Knopfdruck rekrutiert werden, das Zerschlagene nicht mit der nötigen Geschwindigkeit in Gang gesetzt werden.

Möge uns durch kluge und umsichtige Vorsorge das erspart bleiben, was man im Kurier vom 29.10.2020 lesen kann: „Infizierte Ärzte arbeiten in Spitälern. Es wird aber betont, dass infizierte Ärztinnen und Pfleger ausschließlich infizierte PatientInnen betreuen.“

Wir von der KPÖ sind uns sicher, dass Personal- und Beratungsaufwand sich letztlich rechnen wird. Wir werden daher weiterhin die nötigen Geldmittel dafür einfordern.

Und was macht die Stadt Graz?

Dasselbe gilt auch für die Ausstattung der kommunalen Gesundheitsbehörden mit den nötigen Mitteln: Diese musste man in der Vergangenheit bei Budgets mit der Lupe suchen oder waren, wie die Impfstelle, sogar von der Schließung akut bedroht. Die Schließung konnte auch durch das Wirken der KPÖ abgewendet werden und unserem Stadtrat Mag. Robert Krotzer ist es gelungen, die bauliche und technische Infrastruktur zu modernisieren. Dieser Erfolg kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass jetzt die Notwendigkeit besteht, die kommunalen Gesundheitsbehörden mit den zeitgerechten personellen Ressourcen und finanziellen Mitteln auszustatten. Es geht nicht allein darum, Vergangenes aufzuholen, sondern vor allem vorausschauend auch für die zukünftigen Herausforderungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes gerüstet zu sein. Umso mehr überrascht es, dass es zwar eine – durchaus begrüßenswerte - Erhöhung der Subventionen im Sport- und Kulturbereich gibt, dass aber eine solche Subventionserhöhung für die Grazer Gesundheitseinrichtungen und -initiativen kurzsichtigerweise in dem von der schwarz-blauen Koalition vorgelegten Budget gar nicht berücksichtigt wurde. Dabei hätte die Kommune gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern eine besondere Verpflichtung, gerade jetzt Hilfsangebote und Unterstützungsmöglichkeiten zu schaffen und auszubauen. Wenn man bedenkt, dass die Stadt Graz nicht einmal einen Euro pro GrazerIn zur Unterstützung von Einrichtungen und Vereinen zur Verfügung stellt, die jeden Tag einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesundheit der Grazer Bevölkerung leisten, ist das ein grobes Versäumnis.

Bedanken möchte ich mich bei all jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus Graz, die tagtäglich dafür sorgen, dass unsere Stadt funktioniert und lebenswert ist, stellvertretend für alle bei Mag. Dr. Karl Kamper, Michael Kicker und ihrem Team,

Magistratsdirektor Martin Haidvogel sowie im Speziellen bei der Leiterin des Gesundheitsamtes Dr.<sup>in</sup> Eva Winter und bei Herrn DI Dr. Werner Prutsch vom Amt für Umwelt und Gesundheit sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen.

### **GR Mogel (FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Hoher Gemeinderat!

Sehr geehrte Damen und Herren! Unser Geld für unsere Grazer!

Wir behandeln heute nochmals das Budget 2020, das aufgrund der Vielzahl an Maßnahmen und Verordnungen durch die Bundesregierung unter dem Überbegriff „Covid-19-Maßnahmen“ dem Voranschlag nicht standhalten konnte.

Durch den Einbruch der Einnahmen und der Mehrausgaben, die diverse Corona-Maßnahmen nach sich ziehen, fehlen der Stadt Graz rund 100 Mio. Euro für das Jahr 2020.

Einnahmeeinbußen entstanden vor allem bei der Kommunalsteuer und den Ertragsanteilen. Finanzielle Schäden verzeichnen auch die Unternehmen mit städtischer Beteiligung, hervorgerufen durch die Wirtschaftskrise als Folge des verordneten Lockdowns.

Zudem kommen diverse Corona-bedingte Hilfsmaßnahmen der Stadt, wie zum Beispiel das Aussetzen der Parkgebühren oder höhere Personalkosten im Bereich des Gesundheitsamtes, die aufgrund der verordneten Maßnahmen zwingend notwendig waren.

Maßnahmen, wie sie auch jetzt von der türkis-grünen Bundesregierung im zweiten Lockdown getroffen wurden, sind wissenschaftlich nicht belegt und rufen völliges Unverständnis der Bevölkerung hervor. Zum Beispiel ist es nicht nachvollziehbar, dass das Ansteckungsrisiko tagsüber in Gastronomiebetrieben höher ist als bei einem Kirchenbesuch. Präventionsmaßnahmen können da wie dort getroffen werden.

Die Bevölkerung in Angst zu versetzen und ihre Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken, ist nicht unser Weg. Eine diktatorische und ständestaatliche Politik, wie sie in Ansätzen durch den Corona-Verordnungswahn jetzt schon erkennbar ist, ist nicht die der Freiheitlichen Partei. Wir setzen auf die Selbstverantwortung der Bevölkerung und den besonderen Schutz von Risikogruppen. Ehrliche und valide Informationen gepaart mit einem positiven Blick in die Zukunft müssen für die Politik in Graz oberste Prämisse sein. Als eine der wichtigsten Entscheidungen für das Jahr 2020 und 2021 sehen wir daher das Festhalten an unseren Investitionsvorhaben in Graz. Im Vergleich dazu haben anderen Städten durch die von der Bundesregierung verursachte Wirtschaftskrise ihre geplanten Projekte auf Eis gelegt.

Als Beispiele kann ich aufzählen:

- Stadt Feldbach – das Projekt "Schule der Zukunft" wird verschoben
- in Kalsdorf – ein Millionenprojekt für ein modernes Abfallsammelzentrum wurde gestoppt
- Gratwein-Straßengel – ein Bauprojekt am Straßengler Kirchberg liegt auf Eis

*(Berichte der Kleinen Zeitung vom 29.05, 01.04. und 07.04.2020)*

Wir jedoch setzen in Graz auf Investitionen in die Infrastruktur und in die Bildung, zur Erhaltung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der damit verbundenen Arbeitsplätze. Investitionen in die Zukunft müssen auch in Krisenzeiten möglich gemacht werden, denn es wird eine Zeit nach der Krise geben. Auch in der Finanzkrise im Jahr 2008 ff hat sich das antizyklische Investieren von einigen Ländern als schneller Weg aus der Krise bewährt. Es wird aber auch notwendig sein, sich die Ausgabenstruktur des Budgets genauer anzusehen. Einer der größten Budgetposten der Stadt Graz sind die Sozialausgaben. Dazu gehört die Grundversorgung von Asylanten, die Mindestsicherung und auch die freiwilligen Zuschüsse der Stadt wie z.B. die Leistungen, die durch die SozialCard abgedeckt sind. Betrachtet man die Verteilung auf heimische Staatsbürger, EU-Bürger und Drittstaatsangehörige, erkennt man, dass

mittlerweile unverhältnismäßig viele Bezieher der Mindestsicherung und der SozialCard keine österreichischen Staatsbürger sind. Selbstverständlich wird eine Gesellschaft auch daran gemessen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern verfährt. Graz ist, was den Umgang und die Unterstützung ihrer bedürftigen Mitbewohner angeht, vorbildlich. In Zeiten von Krisen muss man sich aber Gedanken darüber machen dürfen, ob soziale Unterstützungen treffsicher genug sind. Nennen wir es beim Namen: Unser Geld für unsere Grazer!

Noch glaubt unsere türkis-grüne Regierung in Wien, dass in Bedrängnis geratene Bürger und Unternehmer mittels Almosen ruhiggestellt werden können. Sehr bald wird man wohl erkennen, dass eine in die Knie gegangene Wirtschaft auch keinen Sozialstaat erhalten kann. Der jetzige zweite Lockdown wurde in den Betrachtungen für das Jahr 2021 noch gar nicht eingepreist und die Folgen sind unabsehbar. Daher kann es nur heißen: Keinen einzigen Asylwerber zusätzlich in Graz in unser Sozialsystem mehr aufnehmen.

Stehen weniger Mittel zur Verteilung zur Verfügung, kann es nicht sein, dass Grazer, die sich ihr Leben lang in die Gesellschaft eingebracht haben, aufgrund einer verfehlten Zuwanderungspolitik der letzten Jahre, eigentlich Jahrzehnte, benachteiligt werden. Dass wir in Krisenzeiten enger zusammenstehen müssen und den durch die Wirtschaftskrise unverschuldet in Nöte geratenen Grazern zur Seite stehen müssen, ist ein Gebot der Stunde. Aber es muss auch klar und unmissverständlich gesagt werden, dass das Geld der Grazer primär für die Grazer ist. Bei den bisherigen freiheitlichen Initiativen, damit Graz nicht zur sozialen Hängematte für Menschen aus aller Herren Länder wird, sei die Verschärfung der Voraussetzungen für die Gewährung der SozialCard sowie die geänderten Voraussetzungen bei der Vergabe von Gemeindewohnungen erwähnt. Dieser Kurs muss unbedingt weiter verfolgt werden damit der autochthone Grazer nicht zum Bürger zweiter Klasse wird.

**GR<sup>in</sup> Ussner (Grüne)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir leben in Zeiten multipler Krisen. Die Corona-Krise hat unser Leben grundsätzlich verändert, sie hat weltweit viele Todesopfer gefordert und Menschen in existenzielle Notlagen gebracht. Aber auch wenn die weltweite Pandemie derzeit im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung steht, geht die Klimakrise weiter, eine Krise, für die es keine Impfung geben wird. Die jetzt vor unseren Augen eskalierende Klimakrise und das damit zusammenhängende weltweite Sterben unserer Ökosysteme sind die größten Herausforderungen unserer Zeit. Wenn wir nicht schnellstmöglich handeln, sind unsere Lebensgrundlagen irreversibel zerstört. Für Österreich und auch für Graz gilt, dass der Mobilitäts- und Verkehrssektor der größte Klimakiller ist. Die Corona-Krise hat jedoch vieles verändert, nicht zuletzt auch unser Mobilitätsverhalten und unsere Perspektive auf den öffentlichen Raum. Die Daten zeigen, dass sich die Menschen durch die Pandemie vermehrt mit dem Rad und zu Fuß fortbewegt haben. Aktive Mobilität und hier vor allem das Radfahren haben speziell in diesen besonderen Zeiten viele Vorteile:

- Der Radverkehr kann durch den geringen Platzverbrauch beides entlasten – den Autoverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel.
- Radfahren stärkt durch regelmäßige Bewegung das Immunsystem.
- Beim Radfahren ist die Ansteckungsgefahr mit Covid extrem gering.
- Radfahren setzt null CO<sub>2</sub>-Emissionen frei und reduziert gleichzeitig auch den gesundheitsschädlichen Lärm.
- Nicht zuletzt ist die Radinfrastruktur, vor allem bei temporären Umgestaltungen wie Pop-up Radwege, vergleichsweise schnell, einfach und kostengünstig zu realisieren. Und wir wissen schon lange, dass die bereitgestellte Infrastruktur maßgeblich das Mobilitätsverhalten der Menschen bestimmt.

Eine VCÖ-Befragung zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf das Mobilitätsverhalten<sup>1</sup>, an der 2.500 Befragte teilnahmen, zeigt deutlich auf, dass die Menschen bereit sind, ihr Mobilitätsverhalten nachhaltig zu ändern. So gaben mehr als 50 % der Teilnehmenden an, dass sie künftig öfter mit Rad oder zu Fuß unterwegs sein werden. Die Krise bietet also auch eine große Chance, nämlich endlich die notwendige Mobilitätswende einzuleiten, die seit Jahrzehnten gefordert und schon lange benötigt wird. Auch die Akzeptanz für Maßnahmen, die die sanfte Mobilität fördern, aber auch den motorisierten Individualverkehr einschränken, war noch nie so hoch wie in jüngster Vergangenheit. Gerade in den Monaten, in denen viele auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel aus Angst vor einer Ansteckung verzichteten und der Autoverkehr deutlich reduziert war, haben Menschen das Radfahren neu entdeckt. Sie merkten, wie es sich anfühlt, wenn der öffentliche Raum nicht vom Autoverkehr dominiert wird und man sich mit dem Rad oder auch zu Fuß sicher durch die Stadt bewegen kann. Aber auch abseits der Covid-Krise ist Mobilität ein grundsätzlich soziales Thema. An stark befahrenen Straßen wohnen hauptsächlich Familien mit niedrigerem Einkommen. Und obwohl 44 % der Menschen im niedrigsten Einkommensviertel gar kein eigenes Auto besitzen, sind sie besonders stark von Abgasen und Lärm betroffen und damit den Gesundheitsrisiken, die damit verbunden sind, ausgesetzt. „Gleichzeitig profitieren einkommensstarke Haushalte deutlich stärker von der Pendelpauschale und der steuerlichen Begünstigung der privaten Nutzung von Firmenwagen.“, schreibt der VCÖ 2018 in einem Paper zum Thema Mobilitätsarmut.<sup>2</sup> Das bedeutet, dass Maßnahmen für mehr Kostenwahrheit im Verkehr nicht zu Lasten von Menschen mit niedrigem Einkommen gehen, im Gegenteil. Sie würden von einer echten Mobilitätswende mehrfach profitieren. So schmerzhaft und schwierig die Covid-Krise in vielen Bereichen ist, so bietet sie vor allem im Mobilitätsbereich eine neue Perspektive und neue Möglichkeiten. Städte wie Mailand und Brüssel, aber auch Wien und Innsbruck haben schnell reagiert und die einmalige

---

<sup>1</sup> <https://www.vcoe.at/ergebnisse-corona-befragung>

<sup>2</sup> <https://www.vcoe.at/news/details/vcoe-factsheet-2018-02-mobilitaetsarmut-nachhaltigverringern>

Chance einer dauerhaften Veränderung des öffentlichen Raumes im Sinne der Lebensqualität, des Klimaschutzes und gegen Mobilitätsarmut genutzt. Das bräuchte es auch in Graz. Die Dringlichkeit der Mobilitätswende wird jedoch nicht ausreichend in diesem Budget abgebildet und viele Chancen, die es gäbe, werden liegengelassen. So werden beispielsweise von Seiten des Bundes 300 Mio. Euro an zusätzlichen Mitteln für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs zur Verfügung gestellt, um in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten Investitionen zu ermöglichen, aber auch um die Weichen in Richtung Klimaschutz zu stellen. Und was macht Graz? Anstatt in das Straßenbahnnetz zu investieren und zukunftsfähige Verkehrslösungen für den Großraum Graz zu entwickeln, plant man an einer U-Bahn, die fünf- bis zehnmal teurer als die Straßenbahn ist und den Umlandverkehr nicht mitdenkt. Das Schreiben des Bundesministeriums für Klimaschutz, das im Zuge einer Petition an die Stadt Graz geschickt wurde, liest sich geradezu wie ein dringendes Ersuchen an Graz, bei der Beantragung von Bundesmitteln nun endlich in die Gänge zu kommen: „Wie bereits mehrmals in Gesprächen...kommuniziert, ist für eine konkrete Kofinanzierung des Bundes die Einbettung der jeweiligen Projekte in eine regionales, über die Stadtgrenzen hinauswirkendes, klimaschutz-wirksames...Gesamtverkehrskonzept eine wesentliche Voraussetzung. Das BMK wiederholt daher das Angebot..., die Fördermöglichkeiten auszuloten...Es darf in diesem Zusammenhang um Übermittlung aussagekräftiger Unterlagen inklusive belastbarer Zeit- und Kostenpläne gebeten werden.“ Ihre Behauptung, sehr geehrter Finanzstadtrat Riegler, Graz könne Bundesmitteln nur für ein U-Bahn-Projekt erhalten, stimmt also nicht. Vielmehr ist die Stadt – und hier liegt die Verantwortung sowohl beim Bürgermeister als auch bei der Verkehrsstadträtin – säumig bei der Vorlage schlüssiger Verkehrskonzepte. Dass Bürgermeister Nagl an der U-Bahn festhalten will, ist nur mit einem Argument zu erklären: Schwarz-Blau setzt alles daran, unter keinen Umständen den Individualverkehr einzuschränken zu müssen. Koste es was es wolle! Ja, es befinden sich drei Straßenbahnprojekte in Umsetzung und Planung, aber der Investitionsrückstau in diesem Bereich ist enorm. Auch nach Fertigstellung der Linienverlängerungen (Reininghaus, Smart City und Innenstadtentflechtung) bleiben

die Grazer Wachstumsgebiete Wetzelsdorf und Straßgang, der Griesplatz, die Universität und Gösting ohne die dringend notwendige Straßenbahnanbindung. Der Modal Split für Graz belegt die Defizite. Seit den 80er-Jahren (!) bleibt der ÖV-Anteil in Graz bei knapp unter 20 % stecken. Beim Radverkehr würde es nicht an den notwendigen finanziellen Mitteln fehlen. 40 Mio. liegen im Fördertopf des Bundes für die Radoffensive. Im Herbst letzten Jahres haben Bürgermeister Nagl gemeinsam mit Verkehrslandesrat Lang ebenfalls Gelder für die Radinfrastruktur angekündigt, nämlich 100 Mio. Euro für 10 Jahre. In den vorliegenden Budgets bilden sich diese zusätzlichen Mittel jedoch nur im geringen Ausmaß ab, lediglich Mittel für Planungskosten sind eingestellt. Was von der großen Radoffensive dann wirklich auf den Boden kommt, das bleibt ungewiss. Wir alle kennen den Spruch: „Das Budget einer Stadt ist in Zahlen gegossene Politik“, aber ein Budget ist auch eine Offenlegung der politischen Prioritäten. Diese Regierung hat in den vergangenen Jahren ihre Prioritäten klar kommuniziert: Es wurde von einer extrem kostenintensiven Olympiade, von bunten Bienenstocktiefgaragen, von Mur- und Plabutschgondeln geträumt. Diese Projekte kamen aus unterschiedlichsten Gründen nicht zur Realisierung, aber auch weiterhin sollen teure U-Bahnen statt Straßenbahnen geplant und ein 30 Mio. Euro teurer Autotunnel in der Josef-Huber-Gasse gebaut werden. Dieser Autotunnel, der zusätzlichen Autoverkehr in das ohnehin belastete Griesviertel bringen wird, ist - im Gegensatz zur großen Radoffensive und zu einem zügigen Ausbau des Straßenbahnnetzes – in den vorliegenden Budgets abgesichert. Gehen wir doch einmal das Gedankenexperiment ein, die Zeit, die uns bis zum Kollaps des Klimasystems bleibt, würde nicht drängen. Die Kippunkte der Klimakrise und der Kollaps unserer Lebensgrundlagen wären noch Jahrzehnte von uns entfernt. Was wäre das Schlimmste, das uns bei einer Verkehrswende passieren könnte? Bessere Luft und dadurch eine gesündere Bevölkerung? Weniger Lärm und auch dadurch eine gesündere Bevölkerung? Straßen für Menschen statt für Autos, auf denen Kinder wieder spielen können? Mehr Bäume in der Stadt, mehr Natur für urbane Wildtiere und eine bessere Lebensqualität für alle Menschen? Das alles hört sich für mich jedenfalls sehr ansprechend an, es hört sich nach einer Stadt an, in der ich leben

möchte. Aber leider ist dieses Gedankenexperiment nicht die Realität, sondern die Zeit drängt massiv. Die Gletscher der Westantarktis schmelzen schneller, als in allen systemischen Berechnungen dargestellt wurde, die Arktis verliert rasant an Fläche, Permafrostböden tauen massenhaft auf und setzen Unmengen an Methan frei, und der Amazonaswald –die grüne Lunge der Erde - verschwindet in ungeahntem Tempo. „Was kann eine kleine Stadt wie Graz schon tun?“, haben wir schon oft hier im Gemeinderat gehört. Im Jahr 2019 wurde das Treibhausgasbudget der Stadt Graz veröffentlicht. Es wurde vom Umweltamt gemeinsam mit dem Wegener Center erarbeitet und zeigt auf, dass wir schon seit 2016 jährlich 5,6 % CO<sub>2</sub>-Äquivalente einsparen hätten müssen, um unseren globalen Beitrag zu einem Ziel von 1,5 Grad Erwärmung beizutragen. Es gibt also konkrete Fakten, die uns als Grundlage dienen könnten, um die notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise zu setzen. Nun werden Sie, Herr Bürgermeister, und Sie, Herr Finanzstadtrat, sicher der Meinung sein, dass dieses Budget trotzdem ein Schritt in die richtige Richtung sei. Angesichts der katastrophalen Lage unserer Klimakrise kann ich nur mit einem Zitat von Greta Thunberg antworten: „Wir müssen uns klar werden, dass die Zeit für kleine Schritte in die richtige Richtung vorbei ist und wir müssen die Ausmaße begreifen, um die nötigen Maßnahmen zu setzen.“

Deshalb gibt es von unserer Seite keine Zustimmung zu diesem Budget, weil es weder klimafit ist noch zu der grundlegenden Verkehrswende beiträgt, die wir angesichts der Klimakrise, aber auch angesichts der Corona-Krise so dringend benötigen würden.

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bauer (SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe KollegInnen im Gemeinderat, geschätzte interessierte LeserInnen!

Es ist schon etwas Besonderes, eine SpezialREDE zum städtischen Budget nur schriftlich zur Veröffentlichung auf der Homepage abzugeben. Das Coronavirus und die

damit verbundenen Veränderungen im Verhalten machen aber auch vor dem Gemeinderat keinen Stopp. Die Umstände ermöglichen dafür der ÖVP/FPÖ-Regierung, vieles zu verdecken, zu verstecken oder einfach nicht zu erwähnen. Es erscheint nur, was zur gewünschten Hochglanzoptik der Stadt passt. Ich möchte in diesem Dokument daher neue Ideen anstatt der alten Hüte unserer Stadtregierung einfordern.

### **Wohnungen sind zum Wohnen da**

Wohnen wird in unserer Stadt immer teurer und damit für viele Familien zu einer großen finanziellen Last. Es werden in unserer Stadt immer mehr Flächen zugebaut, anstatt Freiraum für die Menschen zu schaffen. Immer mehr neu gebaute Wohnungen sind zu klein oder erlauben aufgrund der Grundrisse kein gutes Wohngefühl. Immer weniger Wohnungen sind für Home-Office und Home-Schooling geeignet. Viele neu gebaute Wohnungen dienen rein der Anlage, Spekulation und dem Gewinnstreben und stehen demnach leer.

- Leerstehende Wohnungen sollen dem Grundrecht Wohnen zugeführt werden.
- Die Wohnungspreise und -mieten sollen somit den Briefftaschen der GrazerInnen gerecht werden.
- Masterplan für einen Grazer Gemeinde- und Sozialwohnbau: Der Rückstand in diesem Wohnsegment darf nicht mehr länger hingenommen werden. Flächenvorsorge und Grundstückssicherung für GrazerInnen sollen Vorrang haben.
- Individuelle Hilfen durch einen Corona-Wohnfonds für alle GrazerInnen einrichten, denn sie tragen keine Schuld an den Wohnungspreisen.
- Zusammenführung der Planungs-, Bau- und Wohnagenden in einer Hand, damit die Strategie „Jede/r andere ist zuständig, nur nicht ich“ ein Ende hat.

## **Kein Kind in der Schule zurücklassen**

Die städtischen Gebäude sind nicht ausreichend für Gruppen und individualisierte Förderung geeignet; hier hat die Stadt in ihrer Funktion als „Hausmeisterin“ dringenden Handlungsbedarf! Eine tatsächliche Stärkung der sogenannten Brennpunktschulen, um wirklich allen Grazer Kindern gleiche Bildungschancen zu eröffnen, findet nicht statt. Finanzielle Mittel werden stattdessen im Gießkannenprinzip ausgeschüttet. Es mangelt an flächendeckender technischer Ausstattung und auch die Gruppengröße sollte für uns Thema sein. Der GTS-Betreuungsschlüssel 1:25 ist wahrlich nicht mehr zeitgemäß, ebenso dass die Tätigkeit der FreizeitbetreuerInnen wahrlich ineffizient gestaltet ist. Dass für Grazer Kinder eine Schule der Zukunft nötig ist, wird außer Acht gelassen. Dabei garantiert nur eine zukunftsgerichtete Ausbildung einen verlässlichen Start ins spätere Berufsleben:

- Einführung einer Ausbildungsunterstützung, gestaffelt nach Schulstufen und Einkommen, um Schulmaterialien, technische Ausstattungen, Aufwendungen für Sport und Ernährung allen Kindern gleichermaßen zukommen zu lassen.
- Schulautonome Mittel so erhöhen und gestalten, dass den zugeordneten Aufgaben auch tatsächlich nachgekommen werden kann.
- Ziel bis 2025: Nachhilfe soll nur mehr eine Ausnahme und nicht die Regel sein.
- Die Schule zum Ort des Lernens und der Bildung machen und nicht als Ort der „Aufbewahrung“ mit „Nachmittagsbastelveranstaltungen“ auffassen.
- Zahl der Gruppengröße in der GTS auf 1:15 reduzieren

## **Klimadebatte ohne heiße Luft**

Es gibt unzählige Klimaaktivitäten, die parallel laufen, aber nicht hinsichtlich Zielsetzung, Maßnahmen, Budgetierung und Abwicklung zusammengeführt sind. Ebenso wenig werden sie transparent und nachvollziehbar dargestellt. Somit sind

unterschiedlichste Stellen für ihre individuellen Aufgaben zuständig (z.B. Energiemasterplan, Klimaschutzbeirat, Bundes- und Landesvorgaben zum Klimaschutz, Klimaschutzbeauftragte, Energieraumplanung, moderne urbane Mobilität, Wärmeatlas, Klimaaktionsplan, etc...) und sollen nun im 250.000 Euro teuren Klimaschutzplan gebündelt werden. Klimaschutzziele sind aber nur dann zu erreichen, wenn anstatt reiner Handlungsempfehlungen weitreichende Maßnahmen gesetzt werden und ehrlicher Wille besteht, das Klima zu schonen:

- Umsetzung von Maßnahmen statt Klimaschutzbrochüren in Hochglanzoptik
- Wirkung vor Ort anstatt der Hoffnung, dass andere es schon richten werden.
- Transparenz für laufende Projekte
- Verständlicher Klimazielpfad für Graz

Meine Spezialrede, die Themen und die Maßnahmen sehe ich als essentiellen Beitrag für eine lebenswertere Stadt, denn...

„Graz is ma ned wurscht.“